

Die Kantone zehren von ihrer Substanz

19 Kantone budgetieren für 2015 ein Minus – der finanzpolitische Spielraum wird zusehends enger

Mit einem budgetierten Minus von 635 Millionen Franken für 2015 bewegen sich die kantonalen Haushalte im Rahmen der Vorjahre. Doch zunehmend zehren die Kantone von ihrer Substanz. Sie wollen vom Bund besser gehört werden.

Jörg Kruppenacher

«Es kann nicht sein», sagt der Zuger Finanzdirektor Peter Hegglin, «dass die Kantone nur noch Vollzugseinheiten des Bundes sind und die Zeche für dessen Beschlüsse bezahlen.» Hegglin ist Präsident der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren, und als solcher verteidigt er die Autonomie und den zunehmend enger werdenden Spielraum der Kantone. Deren Klage, nur noch zu geringen Teilen über die eigenen Ausgaben bestimmen zu können, ist lauter geworden. Hegglin verlangt denn auch: «Die Kantone müssen besser gehört werden!» Einerseits übertrage der Bund den Kantonen immer mehr Aufgaben, kritisierte jüngst auch Hegglin's Glarner Kollege Rolf Widmer gegenüber der «Südostschweiz», andererseits optimiere er seine Ausgaben, indem er weniger in den Finanzausgleich einzahlen wolle. «Der Bund», so folgerte Widmer, «stiehlt sich aus der Verantwortung.»

2,2 Prozent mehr Ausgaben

Im Ausdruck der angespannten Situation sind die von den Kantonsregierungen vorgelegten Budgets für das kommende Jahr, die nun vollständig vorliegen. 19 Kantone, so viele wie seit Jahren nicht mehr, budgetieren 2015 mit roten Zahlen, nur die Kantone Bern, Aargau, Uri, Waadt, Genf, Freiburg und Wallis veranschlagen Überschüsse. Daraus resultiert ein kumuliertes Minus von 635 Millionen Franken. Die Ausgaben steigen auf insgesamt 86,6 Milliarden Franken, das sind 2,2 Prozent mehr als in den Budgets für das laufende Jahr.

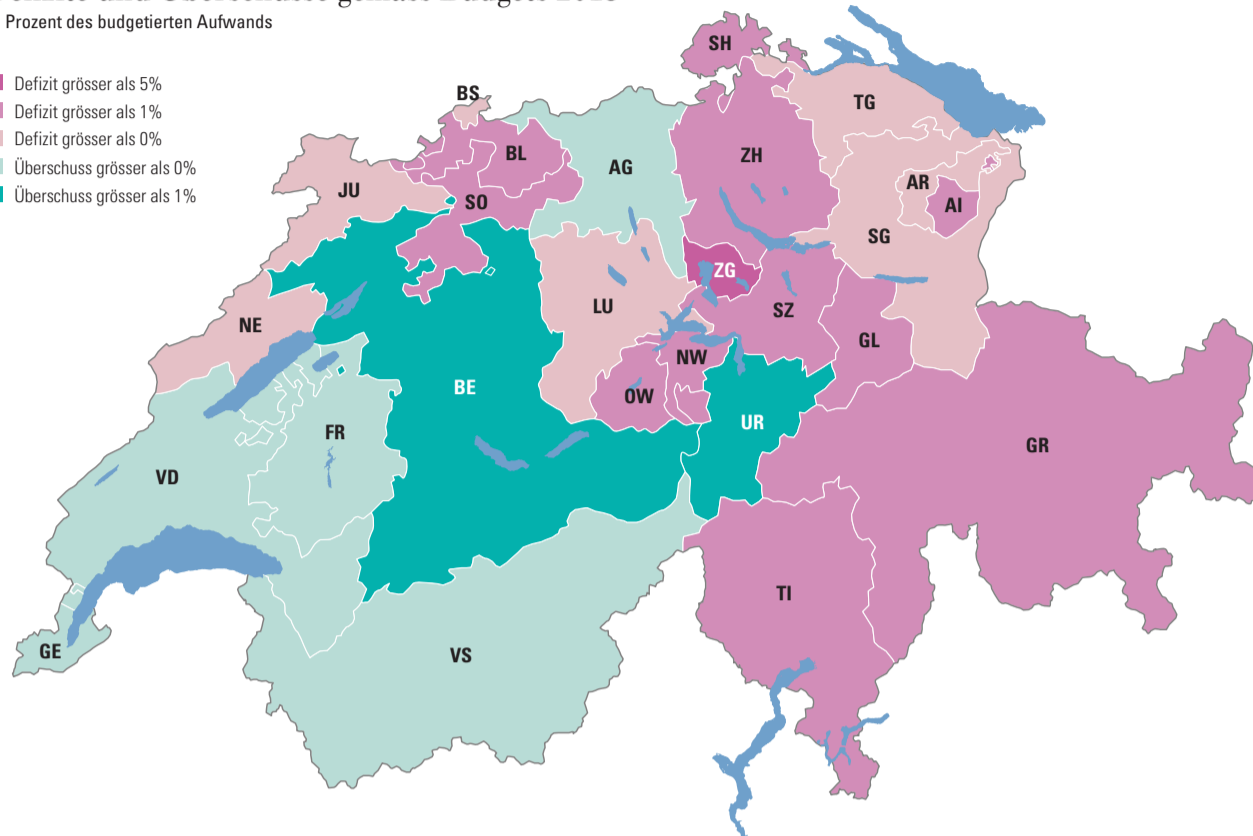
Die Aufwandsteigerung erfolgt trotz andauernden Sparbemühungen in den meisten Kantonen. Grund sind höhere Kosten vorab in den Bereichen Gesundheit und Soziales. Peter Hegglin verweist auf eine Erhebung der Gesundheitsdirektoren, wonach allein die Spitalfinanzierung zu einer Mehrbelastung der Kantone von 1,3 Milliarden Franken geführt hat. Dabei vollziehen die Kantone Bundesrecht. Aus eigener Kompetenz, so Hegglin, bleibe dann «kaum Spielraum zur Dämpfung der Kostendynamik».

Zwar ist das Sparpotenzial noch nicht überall gänzlich ausgeschöpft. Doch bleibt einem Grossteil der Kantone nichts mehr anderes übrig, als von

Defizite und Überschüsse gemäss Budgets 2015

In Prozent des budgetierten Aufwands

- Defizit grösser als 5%
- Defizit grösser als 1%
- Defizit grösser als 0%
- Überschuss grösser als 0%
- Überschuss grösser als 1%



QUELLE: KANTONE

NZZ-INFOGRAFIK/cke

ihrer Substanz zu zehren und die Verschuldung ansteigen zu lassen.

Ungebremste Investitionen

Nurmehr Bern und das Wallis können 2015 ihre Ausgaben und Investitionen aus eigenen Mitteln finanzieren. In den andern Kantonen liegt der Eigenfinanzierungsgrad teilweise deutlich unter 100 Prozent; die Verschuldung steigt an. Einfluss auf die Investitionstätigkeit hat dies noch nicht. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf total 5,6 Milliarden Franken und sind etwa gleich hoch wie in den Vorjahren. Allein im Kanton Zürich betragen sie 1,2 Millionen Franken – mehr als in den Ost- und Zentralschweizer Kantonen zusammen.

2015 sind Steuererhöhungen nur in wenigen Kantonen ein Thema (Schwyz, Solothurn, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden). Dennoch ist in diesem Bereich eine Enttabuisierung spürbar. «Man darf das nicht ideologisch sehen», meint Peter Hegglin. Wenn Sparmassnahmen nicht ausreichen, müssten höhere Steuern ein Thema sein. Schuldendienst zulasten der kommenden Generationen könne keine Lösung sein.

Bern profitiert

Hegglin's Kanton Zug ist in einer ungemütlichen Lage. Er budgetiert nach Zürich (191 Millionen Franken) das

zweithöchste Defizit aller Kantone (139 Millionen Franken), gemessen am Ausgabenvolumen gar das höchste (siehe Grafik). Mit Blick auf den interkantonalen Finanzausgleich ergibt sich 2015 die besondere Situation, dass just die beiden grössten Nettozahler tiefrote Zahlen budgetieren, während Bern, der grösste Empfänger von Ausgleichszahlungen, mit einem Plus von 119 Millionen Franken das mit Abstand positivste Budget vorlegt. Die kontroversen Diskussionen um die künftige Ausgestaltung des interkantonalen Ausgleichs werden dadurch weiter angeregt.

Immerhin ist anzumerken, dass Bern die Hausaufgaben gemacht und seinen Haushalt im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung um mehrere hundert Millionen Franken entlastet hat. Andererseits hat gerade Zug durchaus Potenzial für einen massvollen Anstieg der Steuerbelastung, ohne gleich zur Steuerhölle zu werden.

Ungenauigkeiten

Die kantonalen Budgets bleiben mit vielerlei Unsicherheiten und Ungenauigkeiten behaftet. Das gilt insbesondere für die Gewinnausschüttungen durch die Nationalbank, die angesichts der volatilen Entwicklung des Goldpreises zur Lotterie geworden sind. Gemäss einer bis 2015 geltenden Vereinbarung erhalten Bund und Kantone jährlich

eine Milliarde Franken – den Kantonen stehen davon zwei Drittel zu –, falls die Ausschüttungsreserve nach Gewinnverwendung nicht auf die negative Seite kippt. Das war 2013 der Fall, weshalb die Ausschüttung entfiel. Für dieses Jahr sieht es vorläufig gut aus. Die Kantone haben aber für 2015 gelernt, die Nationalbankgelder gar nicht erst ins Budget aufzunehmen. Sollte die Ausschüttung dennoch erfolgen, wäre das budgetierte Minus von insgesamt 635 Millionen Franken vollständig getilgt.

Andererseits sind die Budgets einzelner Kantone «geschönt», enthalten sie doch Eigenkapitalbezüge, aufgelöste Reserven, Fonds oder Rückstellungen. Das trifft 2015 vor allem für die Kantone Freiburg, Aargau, Zug und St. Gallen zu. Ohne diese Bezüge wäre das Gesamtergebnis um 265 Millionen Franken schlechter. Schliesslich sind die Budgetvorlagen der Regierungen auch deshalb mit Vorsicht zu geniessen, weil sie in noch anstehenden Debatten in den Kantonsparlamenten wohl zerzaust werden, vor allem dort, wo sie mit Entlastungsmassnahmen verbunden sind. Das neuste Beispiel lieferte kürzlich der Kanton Luzern: An einer Sondersession standen Sparvorschläge in Höhe von 39,1 Millionen Franken zur Debatte, davon strich das Parlament aber 26,3 Millionen Franken, vor allem Mehreinnahmen im Steuerbereich. Die Verteilungskämpfe sind härter geworden.

APROPOS

Wer ist der tote Superreiche?

aku. · Unter dem Titel «Le miracle vaudois» hat das Westschweizer Radio jüngst über die Harmonie innerhalb der Regierung des Kantons Waadt berichtet. Als Merkmal führte der Radiojournalist das lockere Auftreten der Staatsräte an, die sich keine Maulkörbe auferlegten, sondern frisch von der Leber weg über ihre Dossiers berichteten.

Eine Kostprobe dieser Offenheit lieferte am Dienstagabend der Waadtländer Finanzminister Pascal Broulis, ein erklärter Befürworter der Pauschalbesteuerung. In der Sendung «Infrarouge» – das Pendant zur «Arena» – liess Broulis folgende Information fallen: Ein kürzlich verstorbener Pauschalbesteuerte im Kanton Waadt habe in seinem Testament festgehalten, dass er die Forschung mit einer Schenkung von 100 Millionen Franken unterstützen werde. 100 Millionen Franken, das ist ein ordentlicher Batzen. Wer könnte der grosszügige, gutbetuchte Ausländer gewesen sein? Seit jenem Dienstagabend stellen sich die Medien in der Waadt diese Frage. 1396 Pauschalbesteuerte leben im Kanton, doch die Höhe der Summe lässt den Kreis der Anwärter selbst in der Liga der Superreichen zusammenschrumpfen.

Das Rätsel gelöst hat bis Donnerstagabend niemand, und die Behörden haben untereinander Stillschweigen vereinbart, solange das Testament auf seine Gültigkeit hin geprüft wird. Die Steuerrichtung des Kantons Waadt sah sich aufgrund von Pascal Broulis' Freimütigkeit vor laufender Kamera immerhin zu einem dürren Communiqué genötigt, in dem sie die Schenkung bestätigte. Manch einer in der Verwaltung dürfte den Finanzminister innerlich für seine lockere Zunge verflucht haben.

IN KÜRZE

Ebola-Impfstoff-Tests auch in Genf

(sda) · Das Genfer Universitätsspital (HUG) hat von Swissmedic die Erlaubnis zur Erprobung eines experimentellen Impfstoffs gegen das Ebola-Virus erhalten. Der Impfstoff wurde in Kanada entwickelt und von der WHO zur Verfügung gestellt. Das HUG wird den Impfstoff ab kommendem Montag an 115 Freiwilligen testen. Das Universitätsspital Lausanne (CHUV) hatte bereits letzte Woche eine Bewilligung für eine Testreihe mit einem anderen Impfstoff erhalten. Am CHUV beteiligten sich 120 Freiwillige an der Studie mit einem vom Pharmakonzern Glaxo-SmithKline entwickelten Impfstoff.

Kampf gegen Kirschessigfliege

(sda) · Die Kirschessigfliege ist 2011 in der Schweiz aufgetaucht, dieses Jahr hat sie erstmals grossflächige Schäden an Obst- und Beerenkulturen angerichtet. Nun will der Bundesrat den Kampf gegen den Schädling verstärken. Die Erforschung und Entwicklung von nachhaltigen Bekämpfungsmethoden und Mitteln zur Überwachung müsse intensiviert werden, schreibt er in einer Antwort auf eine Motion des Zuger FDP-Ständerats Bruno Pezzatti. Die Zusammenarbeit von Forschung, Beratung und Praxis soll gestärkt werden, damit bis 2020 eine nachhaltige Strategie vorliegt. Dafür will der Bundesrat auch mehr Geld zur Verfügung stellen.

Bundesrat gegen Leihmutterchaft

(sda) · Die Leihmutterchaft soll nicht erlaubt werden. Der Bundesrat sieht keinen Anlass, eine Lockerung des geltenden Verbots zu prüfen. Die Gründe hierfür gälten trotz Entwicklungen in Gesellschaft und Medizin weiterhin, schreibt er in einer Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss. Es gehe um das Kindeswohl sowie um den Schutz der Würde der Leihmutter und des werdenden Kindes. Dieser könne schwerlich gewährleistet werden – nicht nur bei bezahlter Leihmutterchaft, sondern auch bei unentgeltlicher.

Neuer Versuch beim Einheitsatz

Die FDP will mit der Mehrwertsteuerreform Ernst machen

ma. Bern · Fulminant ist die Gastro-Initiative im September an der Urne gescheitert, doch immerhin hat sie die Diskussion um die Mehrwertsteuer und all deren Makel neu entfacht. Die FDP will jetzt einen neuen Anlauf für eine Reform nehmen: Parteivertreter haben am Donnerstag vor den Medien eine bereits unmittelbar nach der Abstimmung gemachte Ankündigung bekräftigt. In der nächsten Session soll ein parlamentarischer Vorstoss eingereicht werden; falls er nicht fruchtet, wird auch eine Volksinitiative ins Auge gefasst.

Eine Mehrwertsteuer mit Einheitsatz und fast ohne Ausnahmen hatte sich bereits FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz auf seine Fahne geschrieben. Beim zweiten Versuch sollen indes die Grundnahrungsmittel von der Steuer befreit werden – damit wollen die Freisinnigen die Akzeptanz einer Reform erhöhen. «Seit der Französischen Revolution weiss man, dass eine Verteuerung des Brots unpopulär ist», begründete

Nationalrat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden) das angestrebte Privileg. Die Abgrenzungsprobleme betrachtet die Partei als lösbar. Kaviar sei kein Grundnahrungsmittel, erklärte Caroni, der Cervelat hingegen schon, und über die «graue Liste» werde man sich einigen können. Ferner sollen auch einige andere Güter steuerbefreit sein, etwa Medikamente und Presseerzeugnisse. Der Systemwechsel soll möglichst haushaltsneutral erfolgen und in einen Einheitsatz von 6 bis 6,5 Prozent münden.

Die Mehrwertsteuerreform ist Teil eines Katalogs von zehn Forderungen, mit denen die FDP die steuerliche Attraktivität des Landes sichern will. So plädierte der Schwyzer Regierungsrat Kaspar Michel für den Erhalt der Steuerhoheit der Kantone und Nationalrat Ruedi Noser (Zürich) für eine zügige Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III. Nationalrat Jean-René Germanier (Wallis) warnte vor einem Ende der Pauschalbesteuerung.

Bananen auf der Strasse

Auswirkungen des deutschen Bahn-Streiks auf Schweizer Bahnverkehr

P. S. · Der Streik von Lokomotivführern bei der Deutschen Bahn (DB) hat auch Auswirkungen auf den Personen- und Güterverkehr von der und in die Schweiz. Im Personenverkehr fallen alle Züge nach Stuttgart und München aus, während über Basel und auf der deutschen Seite des Hochrheins zwischen Basel und Schaffhausen nur etwa ein Drittel der Züge verkehrt. Vom Ausstand, der in einem Konflikt der Gewerkschaft der Lokomotivführer mit der Deutschen Bahn gründet, nicht betroffen sind die grenzüberschreitenden S-Bahn-Angebote in den Regionen Basel und Konstanz, die von der deutschen SBB-Tochter betrieben werden.

Der Güterverkehr in der und durch die Schweiz ist dort beeinträchtigt, wo Bahnen in Deutschland mit der DB kooperieren. Sowohl SBB Cargo wie auch BLS Cargo sprechen von Zugsausfällen im Import-, Export- und Transitverkehr. Bei den Bundesbahnen heisst es, man könne über die Anzahl betroffe-

ner Züge noch keine Angaben machen. Die BLS geht davon aus, dass rund die Hälfte der in Deutschland durch die DB geführten Züge ausfällt; insgesamt dürfte ein Achtel der BLS-Güterzüge betroffen sein. Dem Unternehmen, das früher ausschliesslich mit der DB kooperierte, kommt zupass, dass man im Nachbarland mit verschiedenen Bahnen zusammenarbeitet.

Teilweise, so heisst es bei den Bahnen, weichen Kunden auch auf die Strasse aus. Bei der Migros zum Beispiel betrifft das konventionelle Sendungen; so wurden Transporte von Bananen frühzeitig auf die Strasse verlegt. Nicht betroffen sind Container-Verkehre des Grossverteilers. Bei Hupac, dem Schweizer Operateur von kombiniertem Verkehr, rechnet man mit dem Ausfall von «einigen Dutzend» Zügen, was zu einem Mehraufwand in Millionenhöhe führe; noch schwerer, so heisst es, wiege aber der Vertrauensverlust der Kunden gegenüber dem System Bahn.